Mit der Ruhe ums Bordell ist's bald vorbei

Gegner werden wieder aktiv, Verwaltung bastelt an einer Toleranzzone inklusive des Asylbewerberwohnheims

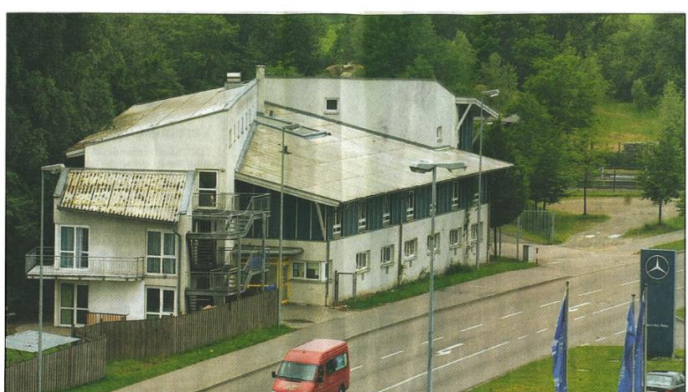
Von unserem Redaktionsmitglied
Hans Pöschko

Schorndorf.
Die Schorndorfer Bordelldiskussion ist verstummt. Aber nur vorübergehend, wie die organisierten Bordellgegner, die am morgigen Samstag wieder auf die Straße gehen, zu Recht vermuten. Denn nichtöffentlich hat sich der Verwaltungsausschuss bereits mit den Plänen für eine Toleranzzonenausweisung unter Einbeziehung des Noch-Asylbewerberwohnheims befasst.

„Wir weisen darauf hin, dass zu erwarten ist, dass OB Kübler an seinen Bordell-Plänen in der Stuttgarter Straße festhält", heißt es in einer Pressemitteilung der Aktionsgruppe „Kein Bordell für Schorndorf", in der auf eine seit gestern aktive Homepage www.kein-Bordell-fuer-Schorndorf.de und ein Diskussionsforum verwiesen und für Samstag, 11. Juni, ein Info-Stand vor der Südwestbank in der Johann-Philipp-Palm-Straße (von 9 bis 13 Uhr) angekündigt wird. Darüber hinaus lädt die Aktionsgruppe für kommenden Dienstag, 14. Juni, zu einer Veranstaltung mit der langjährigen Leiterin der Heilbronner Mitternachtsmission, Schwester Marianne Wienand, ein, die im Martin-Luther-Haus zum Thema „Prostitution - (k)ein Thema in unserer Stadt" sprechen und, so heißt's in der Ankündigung, schwerpunktmäßig „Wege aufzeigen" wird, „die aus der Menschen zerstörenden Prostitution herausführen und befreien". Beginn ist um 19.30 Uhr.

Nicht öffentlich wegen Vorberatung, nicht um der Geheimhaltung willen

Wenn die Aktionsgruppe um Reiner Henze und Reiner Gutmann mutmaßt, dass die Ruhe um ein Bordell im noch bis Ende Juli als Asylbewerberwohnheim genutzten Gebäude an der Stuttgarter Straße eine trügerische ist und die Bordell-Pläne der Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen des Gemeinderats wieder auf die Tagesordnung kommen, liegt sie nicht falsch. Denn in nichtöffentlicher Sitzung - „Nicht wegen besonderer Geheimhaltung, sondern weil's eine Vorberatung war", begründet's Winfried Kübler - hat sich der Verwaltungsausschuss bereits mit dem Vorschlag befasst,



Rückt erneut ins Zentrum der Bordell-Diskussion: Das bald leer stehende Asylbewerberwohnheim an der Stuttgarter Straße. Bild: Habermann

beim Regierungspräsidium eine Sperrgebietsverordnung für das gesamte Stadtgebiet mit Ausnahme einer so genannten und scharf abgegrenzten Toleranzzone auszuweisen, in der entsprechende Etablissements zulässig wären.

„Wir verbieten die Prostitution, das ist doch ganz im Sinne der Aktionsgruppe", argumentiert der Oberbürgermeister ironisch und bestätigt auf Nachfrage, dass die vorgeschlagene Toleranzzone so abgegrenzt ist, dass sowohl das bereits bestehende Bordell in der Baumwasenstraße als auch der Standort Stuttgarter Straße darin enthalten sind. Lediglich das weiter stadteinwärts ebenfalls an der Stuttgarter Straße liegende kleine Etablissement wäre nicht durch die Toleranzzone gedeckt. Eine Meinungsbildung oder gar eine Abstimmung darüber, ob die Verwaltung den Gemeinderat bei diesem Vorschlag mehrheitlich auf ihrer Seite hätte oder eher nicht, habe es im Ausschuss nicht gegeben, sagt Kübler, der das Thema jetzt erst einmal mit dem Regierungspräsidium erörtern will, bevor es aller Voraussicht nach im Juli in die öffentliche Gemeinderatssitzung kommt.

Eine ernsthaft in Frage kommende alternative Nutzung des Gebäudes an der Stuttgarter Straße zeichnet sich laut OB weiterhin nicht ab, so dass das Gebäude in jedem Fall von Ende Juli an zunächst einmal leer stehen werde.

Bordellgegner sind überzeugt: Die Diakonie würde klagen

Die Bordellgegner sind fest davon überzeugt, dass Kübler im Falle der sich abzeichnenden Vorgehensweise erneut mit massivem öffentlichem Widerstand rechnen müsste. Nicht nur von Seiten der Aktionsgruppe, die sich auf das per Unterschriften belegte Votum von mittlerweile 3 500 Menschen beruft, sondern auch von Seiten der unmittelbaren Nachbarn, also des Autohauses Schloz und der Diakonie. Letztere würde aufgrund ihrer Sorgfaltspflicht gegenüber den Behinderten ganz sicher Klage einreichen, meinen die Bordellgegner.

Aktionsgruppe: Schorndorf soll sich ein Beispiel an Albstadt nehmen

Für die Aktionsgruppe „Kein Bordell für Schorndorf" gibt's nur eine reale und vernünftige Alternative: Ein komplettes Verbot für das horizontale Gewerbe in Schorndorf. Dass so etwas entgegen den Behauptungen des Oberbürgermeisters auch bei einer Stadt in der Größenordnung Schorndorfs möglich ist, belege das Beispiel Albstadt mit seinen sogar 47 000 Einwohnern. Dort sei die Ausübung der Prostitution seit 1984 und bis heute per Verordnung des Regierungspräsidiums untersagt, ohne dass deshalb Probleme mit der illegalen Prostitution bekannt seien. Auch weil Polizei und Bevölkerung durch die Verbotsverordnung so sensibilisiert seien, dass potenzielle Verstöße sofort angezeigt beziehungsweise unterbunden würden. Fazit der Bordellgegner: „Wie auch immer argumentiert wird, eines steht fest: Der Gemeinderat in Schorndorf muss keine Toleranzzone ausweisen, wenn er es nicht will."